

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 20. november 1970

blatt 3561

stadtschulrat warnt vor buchvertretern

1 wien, 20.11. (rk) dem stadtschulrat fuer wien ist bekannt geworden, dass in den letzten tagen in zahlreichen haushalten ein vertreter vorgespochen hat, der angibt, er sei im namen der schulbehoerde taetig und habe den auftrag, ein buch unter dem titel "sprechen und rechtschreiben fuer drei- bis zehnjaehrige kinder" zu vertreten. diese werbung wird unter heranziehung vollkkommen falscher und unwahrer begruendungen durchgefuehrt. der stadtschulrat fuer wien stellt ausdruecklich fest, dass er weder personen noch firmen baufragt hat, in seinem namen ein derartiges buch zu vertreiben.

0910

naturschutzausstellung im floridsdorfer heimatmuseum

2 wien, 20.11. (rk) im floridsdorfer heimatmuseum, 21, prager strasse 33, wird kommenden sonntag, den 22. november, um 10 uhr, die sonderausstellung 'naturschutz heute' eroeffnet werden. die ausstellung, der gerade im europaeischen naturschutzjahr besondere bedeutung zukommt, wurde in zusammenarbeit mit der kulturabteilung der niederoesterreichischen landesregierung gestaltet und wird an hand von modellen, fotos und graphischen darstellungen die notwendigkeit der massnahmen gegen die verschmutzung von luft und wasser aufzeigen.

die ausstellung wurde im hinblick auf die aktualitaet und wichtigkeit des notwendig gewordenen natur- und umweltschutzes eingerichtet und zeigt zum teil exponate aus den bestaenden des niederoesterreichischen landesmuseums. fotomontagen, bild- und schrifttafeln lassen klar und deutlich erkennen, wie es um den natur- und umweltschutz steht. so zeigen etwa schwarze tafeln, was bereits durch verschmutzung und verunreinigung zugrunde geht beziehungsweise schon zugrunde gegangen ist. rote tafeln verweisen auf derzeit stark gefaehrdetes und gruene tafeln berichten ueber den erfolgreichen natur- und umweltschutz an hand von beispielen. in den zahlreichen vitrinen sind praeparierte voegel und kleintiere zu sehen, die durch die verschmutzung besonders gefaehrdet sind. mit einbezogen in die ausstellung werden auch die teilweise umgruppierten schausammlungen des floridsdorfer heimatmuseums ueber den bisamberg. bekanntlich zaehlt dieser zu den bedeutendsten erholungslandschaften im nahbereich von wien und weist eine einzigartige fauna und flora auf.

0914

bezirksvertretungssitzungen in der kommenden woche

3 wien, 20.11. (nk) in der kommenden woche finden folgende bezirksvertretungssitzungen statt:

mittwoch, 25. november, 18.15 uhr, innere stadt, 1, wipplingerstrasse 8, stiege 1, festsaal.

donnerstag, 26. november, 17 uhr, rudolfsheim-fuenfhaus, 15, gasgasse 8 - 10, 1. stiege, 2. stock, sitzungssaal.

freitag, 27. november, 10 uhr, ottakring, 16, savoyenstrasse 1a, (biologische station wilhelminenberg).

+++

diskussion ueber erholungsflaechen in ottakring

wie bereits angekuendigt, wird die naechste sitzung der bezirksvorsteherung des 16. bezirktes am 27. november, um 10 uhr, abgehalten. sie findet diesmal in der biologischen station wilhelminenberg in der savoyenstrasse statt. professor otto k o e n i g und architekt herbert u r s p r u n g e r nehmen an der sitzung teil, deren haupttagespunkt 'vorschlaege fuer die gestaltung der erholungsflaechen im 16. wiener gemeindebezirk' lautet.

geehrte redaktion!

zu dieser diskussion sind auch die kommunalberichterstatter herzlich eingeladen.

treffpunkt: freitag, 27. november, 9.30 uhr bei einem autobus vor dem amtshaus 16, richard wagner-platz, oder um 10 uhr direkt in der biologischen station, 16, savoyenstrasse 1 a.

0943

fuehrungen im historischen museum der stadt wien im dezember

4 wien, 20.11. (rk)

samstag	5.	15 uhr)	(dr. deutschmann)
sonntag	6.	10 uhr) Ludwig van beethoven/	(dr. deutschmann)
dienstag	8.	10 uhr) Leben - schaffen - umwelt	(dr. deutschmann)
samstag	12.	15 uhr)	(dr. dueriegl)
sonntag	13.	10 uhr wien bis zum ende des mittelalters	(dr. dueriegl)
samstag	19.	15 uhr) Ludwig van beethoven/	(dr. dueriegl)
sonntag	20.	10 uhr) Leben - schaffen - umwelt	(dr. deutschmann)
samstag	26.	10 uhr wien zwischen den beiden. tuerkenbelagerungen	(dr. kaut)
sonntag	27.	10 uhr von der franzosenzeit zur ringstrassenzeit	(dr. kaut)

uhrenmuseum, 1, schulhof 2

sonntag	6.	10 uhr die stilperiode im spiegel der uhren (heinrich lunardi)
		11.15 uhr die wunderbare welt der automaten (mit vorfuehrungen, heinrich lunardi)
sonntag	20.	10 uhr programmsteuerung und datenverarbeitung in antiken uhren (heinrich lunardi)
		11.15 uhr uhrenwerke machen musik (mit vorfuehrungen, heinrich lunardi)

roemische ruinen unter den hohen markt, 1 hoher markt 3

am 6., 13. und 20. dezember um 9.30 uhr uebersichtsfuehrung mit
professor dr. neumann.

fuer geschlossene gruppen koennen auch andere termine vereinbart
werden. telefonische anmeldung fuer das historische museum unter der
nummer 42 804 klappen 741 - 46, fuer das uhrenmuseum unter der
nummer 63 22 65. die fuehrungen sind kostenlos, es wird der normale
eintrittspreis eingehoben.

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

innerer mariahilfer guertel wieder frei

5 wien, 20.11. (rk) ab donnerstag kommender woche wird der innere mariahilfer guertel zwischen der feuerwehr (im bereich der linken wienzeile) und der kurzgasse nach umfangreichen bauarbeiten wieder fuer den verkehr freigegeben. am selben tag werden zudem die umleitungen fuer den strassenzug gumpendorfer strasse - sechshauser strasse hinfaellich, weil auch in diesem bereich die strassenbauarbeiten beendet sind und diese wichtige route wieder unbehindert benuetzt werden kann.

ab montag kommender woche muss der kreuzungsbereich rosenhuegelstrasse mit der verbindungsbahn fuer jeden verkehr bis voraussichtlich ende jaenner gesperrt werden. diese bauarbeiten stehen im zusammenhang mit der niveaufreimachung der altmannsdorfer allee. am mittwoch beginnen zudem ausbesserungsarbeiten des strassenbelages in der hadikgasse: im abschnitt diesterweggasse - nisselgasse sowie beim haus hadikgasse 80 muss die fahrbahn auf zwei fahrspuren eingeengt werden. die belagsausbesserungen werden ungefaehr zwei wochen dauern.

prof. koller ueber den wiener u-bahn-bau

6 wien, 20.11. (rk) anlaesslich ihres 20jaehrigen bestehens veranstaltet die forschungsgesellschaft fuer das strassenwesen im ingenieur- und architektenverein eine zweitaegige vortragsreihe, "oesterreich als land der gebingsstrecken und des tunnelbaus". heute freitag wird baudirektor prof. dr. k o l l e r um 15 uhr im grossen saal des ingenieurhauses (eschenbachgasse 9) ueber den u-bahn-bau in wien sprechen. morgen samstag werden die teilnehmer an der veranstaltungsreihe die u-bahn-baustelle karlsplatz und danach die prater-hochstrasse sowie die vierte donaubruecke mit den anschliessenden strassenzuegen besichtigen.

morgen eroeffnung des christkindlmarktes

7 wien, 20.11. (rk) der diesjaehrige wiener christkindlmarkt wird morgen samstag, um 15 uhr, von vizebuengermeister felix s l a v i k in vertretung des buengermeisters eroeffnet werden. so wie schon in den vergangenen jahren wird dieser 'weihnachtsmarkt der wiener' auf dem platz vor dem messepalast abgehalten werden und bis zum 2. jaenner 1971 taeglich zwischen 8 und 20 uhr zugaenglich sein. die 120 verkaufsstaende bieten christbaumschmuck, spielwaren, einfache geschenkartikel kurz-, strick- und wirkwaren, bekleidungsgegenstaende, bijouterie-, parfuemerie- und galanteriewaren, lebensmittel sowie adventkraenze und blumen an. die besondere attraktion ist heuer das sogenannte christkindlservice, mit dessen hilfe geplagte hausfrauen und vaeter ebenso wie zeitknappe manager noch in letzter minute vorweihnachtliche besorgungen machen koennen.

das christkindlservice kann an der koje des weihnachtsmannes, dem 'maerchenzentrum', in anspruch genommen werden. man kann hier bestellungen auf die ueberbringung von geschenken an bekannte oder geschaeftsfreunde aufgeben, kann sogar verlangen, dass ein weihnachtsmann persoentlich das geschenk ueberbringt. der hausfrau wird durch die beistellung von personal geholfen. dieses service steht taeglich bis zum 23. dezember, von 12 bis 19 uhr, zur verfuegung. fuer die kinder stehen auch diesmal wieder ponys und esel bereit, auf denen sie unter aufsicht reiten duerfen. eltern, die ihren kindern eine besondere freude machen wollen, koennen die am christkindlmarkt gekauften kleinen geschenke, dem amtierenden weihnachtsmann oder dem christkindl uebergeben, die diese geschenke den kindern ueberreichen.

taeglich bis zum 23. dezember werden auch zwei schimmel einen weihnachtlich geschmueecten schlitten durch wien ziehen, auf dem ein christkindl mit glockengelaeut fuer den besuch des christkindlmarktes werben wird.

50 Jahre Wiener Landtag

wien, 20.11. (RK) Zu Beginn der Sitzung des Wiener Landtages am Freitag erinnerte Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer daran, daß es am 10. November 50 Jahre waren, seit es einen eigenen Wiener Landtag gibt. Am 13. Dezember werden 25 Jahre vergangen sein, seit dem der 1945 gewählte Wiener Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammentrat.

Landtagspräsident Dr. Stemmer führte im einzelnen aus: "Voraussetzung dafür, daß am 10. November 1920 zum erstenmal ein Wiener **Landtag** zusammentreten konnte, war die am 1. Oktober 1920 beschlossene und am 10. November 1920 in Kraft getretene österreichische Bundesverfassung.

Sie schuf die rechtlichen Grundlagen, daß Wien aus dem Verbandsverbande Niederösterreichs herausgelöst werden konnte und in der Folge beide, Wien und Niederösterreich, eigene Landtage erhielten.

Einige der Gründe, die zu dieser Trennung führten, habe ich kürzlich in einem Aufsatz dargelegt.

Niederösterreich einschließlich Wiens hatte 52,25 Prozent aller Einwohner Österreichs.

Und innerhalb Niederösterreichs entfielen auf Wien rund 56 Prozent der Einwohner.

Allein das Zahlenverhältnis ließ eine Teilung geboten erscheinen.

Es gab aber noch andere Gründe hierfür.

Die Landtagssitzungen vom 10. November 1920 für Wien und vom 30. November 1920 für Niederösterreich, in denen deren Verfassungen beschlossen wurden, schufen nur die rechtlichen Voraussetzungen für die spätere vollständige Trennung der beiden Bundesländer, die am 1. Jänner 1922 erfolgte.

1945 erlangte diese Trennung für Wien und wahrscheinlich für die gesamte Republik eine geradezu staatspolitische Bedeutung.

Wäre Wien zur Zeit der ersten Wahlen im Jahre 1945 kein eigenes Bundesland gewesen, so hätte es für Wien vermutlich keine Wahlen gegeben.

Die alliierten Besatzungsmächte hatten nämlich nur Wahlen für die gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Länder gestattet, also zum Nationalrat und zu den Landtagen. Die Wahl zu den Landtagen schloß die Wahlen zu einem ordnungsgemäß zusammengesetzten Bundesrat ein.

Eine Voraussetzung dafür, daß auch Wien seine demokratische Vertretung am 25. November 1945 wählen konnte, war, daß es mit der Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 und durch die Wiener Verfassung vom 10. November 1920 den Status eines eigenen Bundeslandes erhalten hatte.

Ob dieser Status im Jahre 1945 nach dem Besatzungsrecht anerkannt wurde, war zunächst zumindest unsicher.

Es muß daran erinnert werden, daß sich die alliierten Mächte in der sogenannten Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 verpflichtet hatten, ein selbständiges und unabhängiges Österreich wieder herzustellen, wie es vor 1938 bestanden hatte.

Soweit, so gut!

Die erste Proklamation der sowjetischen Armee enthielt aber eine Formulierung, die aufhorchen ließ:

'Die Rote Armee wird dazu beitragen, daß in Österreich die Zustände wieder hergestellt werden, wie sie bis zum Jahre 1938 bestanden hatten.'

Wenn unter 'Zustände' die Gesamtsituation verstanden worden wäre, die bis zum 13. März 1938 bestanden hatte, so wäre das nicht nur die Legalisierung des politischen Systems von 1934 bis 1938 durch Besatzungsrecht gewesen, sondern es hätte auch die Wiederherstellung der österreichischen Bundesverfassung in der Fassung von 1934 bedeutet.

Nach dieser aber war Wien kein Bundesland mehr, sondern eine bundesunmittelbare Stadt.

Die provisorische Staatsregierung unter Dr. Karl Renner drang daher darauf, daß im Verfassungsüberleitungsgesetz vom 1. Mai 1945 die österreichische Bundesverfassung in der Fassung von 1929 wieder in Kraft gesetzt und der 5. März 1933 als Stichtag bestimmt wurde, zumal in der Moskauer Deklaration die obige Formulierung nicht enthalten war.

Die Stellung Wiens als Bundesland und die Wahlen vom 25. November 1945 sind die Nahtstellen, wo die beiden Gedenktage einander berühren.

Ohne die Verfassung von 1920 wäre Wien auch nach den Wahlen vom 25. November 1945 auf das Wohlwollen der Besatzungsmächte angewiesen und von deren Willkür abhängig gewesen.

Was das für Wien und wahrscheinlich die gesamte Republik bedeutet hätte, ist gar nicht abzusehen.

Die Verfassung Wiens vom 10. November 1920, von der ein Debattenredner bei der Beratung meinte, 'das Ganze wäre eine höchst überflüssige Fleißarbeit; ein paar Paragraphen hätten genügt', erwies sich gerade durch ihre Ausführlichkeit nach den Wahlen vom 25. November 1945 als zusätzlicher Vorteil.

Dadurch, daß sie sich in zwei Hauptstücke gliederte, - 1. Hauptstück: Wien als Gemeinde, 2. Hauptstück: Wien als Land -, war es möglich, zwar den Wiener Landtag zu wählen, aber durch die Umkehrung der Bestimmung des § 113 'Der Gemeinderat der Stadt Wien ist auch Landtag für Wien' gleichzeitig zu einer ordnungsgemäß funktionierenden Gemeindeverwaltung auf demokratischer Grundlage zu kommen.

Die Wiener Verfassung von 1920 hatte sich also auch in dieser Situation bewährt.

Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Leopold Kunschak trat am 13. Dezember 1945 der neu gewählte Wiener Landtag in dieser Saale zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Nur fünf der am 25. November 1945 gewählten Mitglieder des Wiener Landtages und nur mehr ein Mitglied der damals gewählten Wiener Bundesräte sind heute noch hier in Funktion:

Es sind dies Bürgermeister Bruno Marek, die Stadträte Maria Jacobi und DDr. Prutscher, die Präsidenten Mühlhauser und Dr. Stemmer sowie der derzeitige Vizebürgermeister Felix Slavik, der damals in den Bundesrat gewählt wurde.

Wir haben die besondere Atmosphäre des ersten nach beinahe zwölfjähriger Unterbrechung wieder frei gewählten Landtages erlebt.

Wir sahen uns Schwierigkeiten gegenübergestellt, die heute selbst im Gedächtnis kaum mehr vorstellbar sind.

Wir erlebten aber auch die Faszination eines neuen Beginnens in einer zwar eingeschränkten Freiheit, aber immerhin in Freiheit.

Ich gedenke gerne dankbar im Namen derer, die heute noch hier wirken, aller jener, die mit uns am 13. Dezember 1945 hier in dieser Saale an die Arbeit gegangen sind.

Der bei dieser Sitzung gewählte Erste Präsident des Landtages, Hofrat Dr. Johann Neubauer, sagte in seiner Ansprache unter anderem:

'Durch die objektive Führung der Geschäfte dieses Hauses soll nicht nur das Vertrauen in meine Person gerechtfertigt werden, sondern vor allem das Vertrauen der Bevölkerung in die so lang und so schmerzlich entbehrten Einrichtungen der Demokratie.

Wir sollen bemüht sein, durch sachliche Arbeit und durch Achtung der Meinungen Andersgesinnter zu beweisen, daß die Demokratie nicht nur die ethisch höhere Gesellschaftsform ist, sondern daß sie auch den Interessen der Bevölkerung weitaus am besten dient.'

Rückschauend läßt sich sagen, daß sich die in diesem Geiste am 1. Oktober 1920 geschaffene österreichische Bundesverfassung und mit ihr auch die Wiener Verfassung vom 10. November 1920 bestens bewährt haben, solange sie respektiert und eingehalten wurden. Die Wiener Verfassung war für die Entwicklung Wiens zu einer modernen, fortschrittlichen Stadt eine ausgezeichnete Grundlage.

Durch die Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 und die Wiener Verfassung vom 10. November 1920 'wurde', wie Bürgermeister Jakob Reumann, der gleichzeitig mit diesem Tage der erste Landeshauptmann von Wien war, in der ersten Wiener Landtagssitzung ausführte, 'ein jahrzehntelanger Wunsch der Stadt

Wien, eine ihrer Bedeutung entsprechende staatsrechtliche Stellung zu erlangen, erfüllt.'

Der November 1920 war durch die Beschlußfassung über die Verfassung für Wien und Niederösterreich hinsichtlich ihrer ~~weiteren~~ Entwicklung richtungweisend.

Die österreichische Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 und die Wiener Verfassung vom 10. November 1920 gehören zu den wesentlichen Voraussetzungen für die Entwicklung Wiens in unserer Republik.

Verfassungen, mögen sie noch so gut sein, sind zunächst nichts anderes, als bedrucktes, wenn auch verpflichtendes Papier.

Leben bekommen sie erst durch die Menschen, die sie anzuwenden haben.

Leben behalten sie, wenn der Geist, in dem sie geschaffen wurden, lebendig bleibt.

Möge der Geist der Demokratie, der Grundgedanke unserer Verfassungen, immer lebendig bleiben!"

- - -

Wiener Landtag

=====

Wien, 20.11. (RK) Der Wiener Landtag trat Freitag unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten Dr. Wilhelm Stemmer zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen zwei Gesetzesvorlagen: Eine Novelle zur Dienstordnung (Berichterstatter Stadtrat Bock) und eine Änderung des Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetzes (Berichterstatter Stadtrat Dr. Krasser).

Die DFP hatte eine dringliche Anfrage eingebracht, in der verlangt wird, den Polizeipräsidenten und den Generalinspektor der Sicherheitswache abzurufen. Darüber wird am Schluß der Landtagssitzung verhandelt werden. Ein Antrag der ÖVP beschäftigt sich mit der Erhaltung der Lobau als Naturschutz- und Erholungsgebiet, ein weiterer Antrag mit der Novellierung des Wiener Jugendschutzgesetzes.

Der Vorsitzende informierte den Landtag über das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes in Sachen Olah.

Vor Eingang in die Tagesordnung erinnerte Dr. Stemmer daran, daß es am 10. November 50 Jahre waren, seit es einen eigenen Wiener Landtag gibt. Am 13. Dezember werden 25 Jahre vergangen sein, seit dem der 1945 gewählte Wiener Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammentrat.

Wettbewerbsfähigkeit verbessert

Der Wiener Landtag verabschiedete einstimmig die erste Novelle zur Dienstordnung 1966, die der Berichterstatter, Stadtrat Bock (SPÖ), als bedeutsam im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinde Wien bezeichnete. Denn durch diese Novelle wird die Anrechnung von privaten Vordienstzeiten für die Gemeindebediensteten neu geregelt und damit erheblich verbessert. Während bisher höchstens sechs Jahre anerkannt werden konnten, werde es in Zukunft möglich sein, die Hälfte aller privaten Vordienstzeiten bei der besoldungsrechtlichen Stellung zu berücksichtigen, erklärte Bock.

Als einziger Debattenredner lobte Abg. Pöder diese Novellierung des Dienstrechtes, wodurch nun für alle Gebietskörperschaften Österreichs die gleichen rechtlichen Grundsätze gelten, und es nicht mehr vorkommen werde, daß eine Gebietskörperschaft von der anderen Beamte mit dem Hinweis auf eine günstigere Dienstzeitenanrechnung abwirbt.

Entlastung der städtischen Rettung

Stadtrat Dr. Krasser (ÖVP) referierte einen Abänderungsantrag zum Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz von 1965. Damals wurde der Stadt Wien der Rettungsdienst und die Krankenbeförderung zur Pflichtaufgabe gemacht. Für die Tätigkeit privater Rettungsgesellschaften gab es eine Ausnahmegestaltung, die nun mit 15. Dezember 1970 abläuft. Die beantragte Gesetzesänderung bewirkt nun die ständige Ausnahme der privaten Rettungs- und Krankenbeförderungsdienste (Arbeitersamariterbund, souveräner Malteser-Ritterorden) von dem Landesgesetz. Damit werden sie dem Roten Kreuz gleichgestellt, da ihre Tätigkeit, vor allem im Rahmen des ärztlichen Wochenend- und Feiertagsbereitschaftsdienstes und bei öffentlichen Veranstaltungen, im Interesse der Allgemeinheit geschieht und somit auch den Rettungsdienst der Stadt Wien entlastet.

Abstimmung: Ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Dringliche Anfrage

Abg. Dr. Tuma (DFP) begründete seine dringliche Anfrage, mit dem Hinweis, daß der Landtag eine "politische Mitverantwortung für die Sicherheit der Bürger" habe. Der Redner wies außerdem auf das "mangelnde Sozialprestige" und auf die bekannten Personalschwierigkeiten der Polizei hin.

Die dringliche Behandlung der Anfrage wurde mit dem Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt, die Beantwortung erfolgt daher schriftlich.

Landtagspräsident Dr. Stemmer schließt die Sitzung.

(Ende des Landtages)

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 20.11. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek trat der Wiener Gemeinderat am Freitag zu einer Geschäftssitzung zusammen. Anfragen: DFP zwei, FPÖ und ÖVP je eine. Vier Anträge der ÖVP lagen vor: Sie betrafen die Erhaltung des Lederer-Schlüssels im 14. Bezirk, die Sicherung eines Bauplatzes für eine Mittelschule im 21. Bezirk, eine Verkürzung der Intervalle im Straßenbahnverkehr und eine Abänderung der Geschäftsordnungen für den Gemeinderat, den Stadtsenat, die Gemeinderatsausschüsse und die Bezirksvertretungen. Ein Antrag der FPÖ betraf das Parkverbot auf dem Rathausplatz.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte Bürgermeister Bruno Marek des Wirkens von Hans Mandl, der als großer Förderer der Künste, der Künstler und der kulturellen Institutionen in die Geschichte Wiens eingegangen sei.

Danach wurde der an Stelle von Franz Olah nachgerückte Gemeinderat der DFP, der 33jährige Angestellte Ernst Wölger, als Mitglied des Wiener Gemeinderates angelobt. Außerdem wurde Gemeinderat Walter Lehner (ÖVP) als Nachfolger von Stadträtin Dr. Maria Schaumayer in den Aufsichtsrat der Wiener Städtischen Versicherung gewählt.

Subvention

GR. Rosenberger (SPÖ) berichtete über die Gewährung einer Subvention von 20.000 Schilling an das Kabarett "Der bunte Wagen". Die Subvention sei als Starthilfe gedacht.

In der Debatte erklärte GR. Dr. Tuma (DFP), der Akt sei unklar, da ihm keine deutliche Stellungnahme des Subventionswerbers hinsichtlich der Verwendung des Geldes beiliege. Im übrigen sei aber jedes politisch-literarische Kabarett förderungswürdig, weshalb die DFP auch für den Antrag stimmen werde.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Sportplatz Gersthof

GR. Edlinger (SPÖ) berichtete über die Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im 18. Bezirk.

Dazu bemerkte GR. Dr. Hirsenschall (FPÖ) in der Debatte, der Turnverein Gersthof habe überhaupt nichts gegen die Umwidmung

seines Sportplatzes von "Bauland" auf "Sportplatz". Den Verein störe nur der Zusatz "für öffentliche Zwecke", weil er darin seine Existenz bedroht sehe. Hirnschall stellte den Antrag, den Punkt abzusetzen und durch den zuständigen Ausschuß den Zusatz beseitigen zu lassen. Dieser Abänderungsantrag wurde abgelehnt.

Im Schlußwort erklärte der Berichterstatter, der Turnverein Gersthof habe durch diese Widmung keinerlei nachteilige Maßnahmen zu gewärtigen. Der FPÖ-Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und DFP abgelehnt.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Neue Informationssendung der Stadt Wien

GR. Edlinger (SPÖ) beantragt den Abschluß einer Vereinbarung zwischen dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien und der Werbeagentur Zwerenz über eine Werbesendung im Österreichischen Rundfunk für das Jahr 1971. Die Dauer der Sendung beträgt 43 Sekunden, und zwar an jedem Wochentag vor der Sendung "Autofahrer unterwegs".

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) verweist darauf, daß seine Fraktion bereits vor mehr als drei Jahren die Werbewirksamkeit dieser Sendung bezweifelt und die für hiefür aufgewendeten Mittel als zu hoch bezeichnet hat. Man hatte nun anscheinend selbst Zweifel an der Werbewirksamkeit und will die Sendung daher anders gestalten. Leider ist man bei der selben Werbeagentur geblieben, die anscheinend eine Monopolstellung hat, und wird daher kaum etwas zum Besseren erreichen. Der Redner verlangt, derartige Sendungen im freien Wettbewerb zu vergeben. Außerdem verfüge der Presse- und Informationsdienst über ausreichend qualifizierte Mitarbeiter, die diese 43-Sekunden-Sendung in Zusammenarbeit mit dem ORF selbst gestalten könnten. Durch eine derartige Vorgangsweise könnten die Kosten - es ist für 1971 mit rund 2,3 Millionen zu rechnen - wesentlich reduziert werden. Der Redner kritisiert auch einen Passus des Vertrages, nach dem die Fortsetzung der Rundfunksendung über die Vertragsdauer hinaus, wieder durch die Agentur Zwerenz erfolgen müßte.

GR. Edlin er stellt abschließend fest, daß die Werbezeiten des Österreichischen Rundfunks nur über Werbeagenturen abgegeben werden. Inhalt der neuen Sendung wird es sein, die Wiener Bevölkerung auf aktuelle Ereignisse aufmerksam zu machen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Neue Straße

GR. Doz. Dr. Gisel (SPÖ) brachte den Antrag ein, ein Ingenieurbüro mit der Ausarbeitung eines generellen Projektes für den Hauptverkehrsstraßenzug durch den 2. und 20. Bezirk von der geplanten Uraniabrücke bis zur Wallensteinstraße zu beauftragen. GR. Kowarsch (ÖVP) betonte gleich zu Beginn, daß seine Fraktion die Ausarbeitung dieses Projektes begrüße. "Endlich wird der Schleier des Geheimnisses um dieses Projekt gelüftet", meinte der Redner. Kowarsch meldete jedoch Bedenken gegen die Trassierung an und deponierte die Forderung, Vertreter des Bezirkes und der Wirtschaft bereits vor der Realisierung zu Rate zu ziehen. "Es darf nicht erst nachher, wenn es zu spät ist, darüber geredet werden".

Was die neue Uraniabrücke betreffe, habe er Bedenken, daß sie zu nahe neben der Aspernbrücke liege.

Diese Bedenken versuchte Dr. Gisel im Schlußwort zu zerstreuen. Die Aspernbrücke könne in Zukunft den Verkehr aus der Zweierlinie auf keinen Fall aufnehmen. Untersuchungen haben ergeben, daß die neue Brücke auf jeden Fall voll ausgelastet werden wird.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Verkehrsuntersuchung

GR. Doz. Dr. Gisel (SPÖ) referierte über ein Projekt für die Organisation des Individualverkehrs in den Bezirken 1 bis 9 und 20. Er verwies darauf, daß die Verkehrsfläche in diesen Bezirken durch die Bebauungs- und Nutzungsstruktur stark eingeengt ist. Es sei daher notwendig, ihre optimale Nutzung anzustreben. Die Untersuchung soll von Dipl.-Ing. Doktor H. Knoflacher durchgeführt werden. Kosten: 1,090.000 Schilling.

Rathausplatz-Debatte

Hochbaustadtrat Hubert Pfoch (SPÖ) beantragte sodann 300.000 Schilling an Kosten für die Durchführung eines Wettbewerbes zur Neugestaltung des Rathausplatzes. Dieser Wettbewerb sei bereits am 2. November ausgeschrieben worden und dazu zwölf Architekten beziehungsweise Teams eingeladen worden. Dem Wettbewerb liege der Gedanke zugrunde, den Rathausplatz zur Gänze für die Fußgänger freizumachen. Erleichtert oder ausgelöst worden seien die Erwägungen durch den Bau der Tiefgarage für 600 Personenautos.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) spricht sich gegen eine solche Absicht aus, die der Schaffung einer Art Forum dienen würde. Schon jetzt werde der Rathausplatz von der nichtsozialistischen Öffentlichkeit unter anderem als Roter Platz bezeichnet und es fehlten nur noch die Cäsaren zur Abnahme von Paraden. Er sei der Meinung, daß man unter dem Schlagwort Erholungszentrum nicht künstlich Bedürfnisse schaffen sollte. Die Wiener Situation unterscheide sich von der anderer Städte deshalb erheblich, weil das Wiener Rathaus disloziert und gleichsam von einer Zone des Schweigens umgeben sei. Als der Redner erklärt, das Rathaus werde von vielen Wienern als Symbol einer Partei empfunden, kommt es zu lebhaften Zwischenrufen von den sozialistischen Gemeinderäten. Wolfram lehnt den Antrag für seine Partei schließlich ab.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) äußerte sich sarkastisch über den geplanten Rathausplatz-Wettbewerb. Die Vermutung liege nahe, daß man den Architekten eine bestimmte Ideologie als Korsett anlegen wolle. "Slavik-Platz" sei daher ein passender Name, wenn man eine neue Bezeichnung suche. Die Rathausmehrheit praktiziere in dieser Angelegenheit "Hausherren-Denken".

Der Redner bemängelte, daß in der Tiefgarage zu wenig Platz für Kurzparker vorgesehen sei. Zu beabsichtigten Freiluftaufführungen: "Ich bin neugierig, ob wir um 11 Uhr dort Ballettaufführungen sehen werden."

Die geplante Verbindung Rathausplatz-Rathaus und die Anknüpfung an den Bereich Josefstädter Straße sei ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Da er kein echtes Bedürfnis der Wiener Bevölkerung für einen Erholungsraum im Bereich des Rathauses sehe, plädierte Dr. Ebert für eine Forcierung des Zentrums Landstraße, wo ein echtes Bedürfnis bestehe. Auch seien in

in anderen Bezirken Parkanlagen zudem viel notwendiger als gerade hier. Insgesamt sei der Plan als Stückwerk ohne ersichtliches Gesamtkonzept zu betrachten. Wenn schon Architektenwettbewerb, dann sollte dieser völlig freie Gestaltung vorsehen.

In seinem Schlußwort bestritt Stadtrat Pfoch, daß der Rathausplatz vor allem als Aufmarschplatz umgestaltet werden soll. Für die Maiaufmärsche der Arbeiterschaft habe sich der Platz längst bewährt, hierfür wäre keinerlei Änderung notwendig.

Von einer Einzwängung der Architektenschaft in ein ideologisches Korsett könne keine Rede sein, es seien lediglich bei der Ausschreibung einige Fixpunkte für die Planung angegeben worden. Gerade die Ausschreibung des Architekturwettbewerbes soll die Möglichkeit geben, für die Gestaltung und Verwendung des Rathausplatzes eine optimale Lösung zu finden. Der Gemeinderat hätte dann darüber zu entscheiden, welcher Lösung der Vorzug gegeben wird.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Stadtwerke: Sanierung

Zur Übernahme der Pensionslasten der Wiener Stadtwerke durch die Hoheitsverwaltung berichtete Vizebürgermeister Slavik (SPÖ), diese Maßnahme werde sich - natürlich zugleich mit anderen Schritten, etwa auf dem Gebiet der Rationalisierung - positiv auf die Erfolgsrechnung, die finanzielle Situation und die Kapitalstruktur der Stadtwerke auswirken. Bei den Überlegungen sei man davon ausgegangen, daß die finanziellen Probleme der Wiener Stadtwerke - ausgelöst durch den negativen Einfluß der Verkehrsbetriebe auf die Gesamtsituation - einer Lösung auf Dauer bedürften. Es hätte sicherlich einige andere Wege gegeben, doch die Übernahme der Pensionslasten sei die beste Lösung.

Für die finanzielle Situation ergebe sich eine Verbesserung von 467 Millionen Schilling, für die Erfolgsrechnung eine solche von rund 600 Millionen. Schließlich die Kapitalsituation: das untragbare Verhältnis von 17 zu 83 zwischen Eigen- und Fremdkapital verbessere sich auf eine Relation von 46 zu 54. Im einzelnen führte Slavik aus, daß natürlich die bisherige 200 Millionen-Jahressubvention wegfalle und daß die Stadtwerke auch den 25prozentigen Dienstgeber-Pensionsbeitrag an die ./.

Hoheitsverwaltung abzuführen hätten, der sich allerdings ab 1973 auf 20 Prozent senken werde. Slavik, der noch betonte, daß der Begriff "Stadtwerke" hier unter Ausschluß der Bestattung behandelt werde, ersuchte um Annahme des Antrages.

In der Debatte würdigte GR. Müller (DFP) die Verbesserung der Kapitalstruktur und regte an, man solle Überlegungen hinsichtlich der kostenlosen Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien anstellen. Eine derartige Lösung würde nicht nur den Kraftfahrern Anreize zur Benützung der Straßenbahn geben (und damit zur Verringerung des Individualverkehrs beitragen), sondern auch fremdenverkehrsfördernd wirken. Im übrigen deponierte der Redner die Zustimmung seiner Fraktion.

Nach ihm erklärte Dr. Schmidt (FPÖ) ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion zu dem vorliegenden Antrag, meinte aber, diese Maßnahme komme um einige Jahre zu spät. Sie sei zwar nicht nur vom Rechnungshof und dem Kontrollamt, sondern auch von Rednern der FPÖ mehrfach empfohlen worden, doch habe der städtische Finanzreferent auf solche Anregungen nie dezidiert geantwortet. Wäre dieser Beschluß schon früher gefaßt worden, so hätten die Stadtwerke möglicherweise eine andere Entwicklung der Dinge erlebt, und es hätte vielleicht sogar die Tarifierhöhung des Jahres 1967 vermieden werden können. Trotz der positiven Wertung des vorliegenden Antrages müsse auch gesagt werden, daß es sich bei den vorgeschlagenen Maßnahmen zwar um sehr lobenswerte Schritte, keineswegs jedoch um ein umfassendes Sanierungskonzept handle.

GR. Hahn (ÖVP) deponierte die Initiativen der ÖVP um eine Sanierung der Wiener Stadtwerke während der letzten 20 Jahre im Gemeinderat. Dabei ging er bis ins Jahr 1957 zurück. Nach den Vorschlägen der ÖVP hätte man bereits damals den Stadtwerken 240 Millionen Schilling jährlich mehr zukommen lassen können. Tatsächlich sei nur ein Bruchteil - nämlich 31 Millionen Schilling - aus diesen Vorschlägen den Stadtwerken zugute gekommen.

Der nächste markante Termin sei der November 1963 gewesen. Damals habe die ÖVP zwei Anträge eingebracht, den Zinsendienst der Stadtwerke zu übernehmen und den Verlust durch die Sozialtarife zu ersetzen. Diese Vorschläge hätten insgesamt 395 Millionen Schilling jährlich gebracht. 1965 habe Stadträtin Dr. Schaumayer bereits kurz nach ihrem Amtsantritt Vorschläge zur Sanierung gemacht. Ohne Erfolg.

Der Rechnungshofbericht bestätigte ein Jahr später ihre Vorschläge. In diesem Bericht wurde bereits die Übernahme der Pensionslasten neben anderen Maßnahmen vorgeschlagen. Auch die Empfehlung, die Bediensteten der Stadtwerke in ein privatwirtschaftliches Verhältnis überzuführen, stieß auf taube Ohren. Man könnte die Stadtwerke in ihrer bisherigen Struktur aus mehreren Versorgungsunternehmen und einer "Rentenversicherungsanstalt" zusammengesetzt sehen. Der Grund, warum erst jetzt etwas unternommen würde, sei durch ein Zitat des ehemaligen Finanzstadtrates Resch klar ersichtlich. "Sie - die ÖVP-Stadträte - dürfen keinen Erfolg haben, wenn sie einen hätten, dann stünde es morgen in der Zeitung und die ganze Stadt weiß es".

Die vorgeschlagene Lösung sei keine echte Sanierung sondern lediglich eine bilanzkosmetische Operation. Der heutige Antrag bringe letzten Endes den Stadtwerken nicht mehr als 297 Millionen Schilling. Erst die Zukunft werde zeigen, wie wenig sich dadurch ändert. Auf jeden Fall sei der derzeitige Sanierungsvorschlag im Vergleich zu früheren ÖVP-Konzepten sehr dürftig.

Um dem Gemeinderat eine genaue Beurteilung des Umfangs der notwendigen Sanierung zu ermöglichen, brachte Hahn einen Antrag ein, die Vermögenslage aller Unternehmen der Stadtwerke bekanntzugeben. Ein zweiter Antrag sah die Einbeziehung der Unternehmen für die Wasserversorgung und Fernwärme in die Stadtwerke vor. GR. Hahn appellierte an alle Parteien, einer Koordinierung der Energieversorgung, die in diesem Antrag enthalten sei, zuzustimmen. Nur dadurch könnten Fehlinvestitionen wie beim Bau des Fernwärmewerkes Spittelau vermieden werden.

GR. Schreiner (SPÖ) beschäftigte sich vornehmlich mit den Ausführungen des ÖVP-Sprechers. Das seinerzeitige Konzept der ÖVP sei in Wahrheit lediglich ein 15seitiger Bericht gewesen, in dem vornehmlich bewiesen worden sei, daß der zuständige Stadtrat eigentlich nichts unternehmen könne. Zum Unterschied der dem jetzigen Antrag zugrunde liegenden Konzeption hätten damals gründliche Überlegungen und die Voraussetzungen für ein echtes Konzept gefehlt. Schreiner bezeichnete die Übernahme der Pensionslasten durch die Hoheitsverwaltung als einmalige Startmöglichkeit für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Auf absehbare Zeit würden voraussichtlich auch die bisherigen "Leistungen der Stadtwerke zu den jetzigen Tarifen erbracht werden können.

Auch Null-Tarif nicht gratis

In seinem Schlußwort meinte Vizebürgermeister Slavik einleitend, das jetzige Konzept habe kaum früher dem Gemeinderat vorgelegt werden können. Selbst wenn man die seinerzeitigen Vorschläge von Stadträtin Dr. Schaumayer hätte präsentieren wollen, wäre dies deshalb nicht möglich gewesen, weil sie erst am 17. Februar 1969 vorgelegt worden seien und im April darauf bekanntlich Gemeinderatswahlen abgehalten worden seien. Aber die Verkehrsbetriebe stünden, wären die ÖVP-Vorschläge realisiert worden, heute "miserabel" da und hätten weiterhin ein Defizit von 700 Millionen Schilling, erklärte Slavik, GR. Hahn (ÖVP) konterte in einem Zwischenruf, dies sei nicht wahr und das Defizit betrage lediglich 130 Millionen. Überdies, fuhr der Finanzreferent fort, wären die Sozialisten schlecht beraten, würden sie die von den ÖVP-Stadträten verwalteten Ressorts schlecht behandeln, weil ein solches Manko sicherlich von der Bevölkerung der SPÖ angelastet würde.

Eingehend beschäftigte sich Slavik mit dem Problem des Null-Tarifes: Selbstverständlich müßten die Kosten der Verkehrsbetriebe dann auf andere Weise eingebracht werden. Etwa durch eine zusätzliche steuerliche Belastung der Bevölkerung. Den heutigen Einnahmen der Verkehrsbetriebe entsprechend würde eine solche Sondersteuer 600 Schilling für jeden Wiener bedeuten. Seiner Meinung nach liege eine ernsthafte Diskussion zur Einführung eines Null-Tarifs noch in ziemlich weiter Zukunft.

Abschließend wies Slavik noch auf die großen Leistungen der Stadtwerke und darauf hin, daß die Tarife im wesentlichen konstant seien. Mehr noch: Es sei sogar eine spürbare Verbilligung gegenüber früheren Jahrzehnten festzustellen: 1937 habe ein Kubikmeter Stadtgas 22 Groschen gekostet, was etwa einem Fünftel des Facharbeiter-Stundenlohnes entsprechen habe. Jetzt koste ein Kubikmeter 94 Groschen und in der gleichen Relation dürfte der Stundenlohn nur 4,70 Schilling ausmachen. Beim Stromtarif sei sogar eine absolute Verbilligung von 70 auf 61 Groschen pro Kilowattstunde eingetreten. Lediglich bei den Verkehrsbetrieben habe ein größerer Sprung nämlich von 35 Groschen auf 5 Schilling stattgefunden. Wieder in Relation zum Stundenlohn eines Facharbeiters gesetzt würde dieser Lohn heute 15 Schilling betragen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. Die beiden ÖVP-Anträge wurden ebenso einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Wohnungsverbesserungsgesetz

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) beantragt die Aufnahme weiterer Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz bis zu einem Gesamtbetrag von 35 Millionen Schilling. Diese Darlehen sollen unter anderem auch für den Einbau von Personenaufzügen und die Verstärkung von Rohrleitungen in städtischen Wohnhäusern verwendet werden.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) verweist auf die Schwierigkeiten und die größeren Verzögerungen, die private Darlehenswerber bei ihren Ansuchen erleben. Er bezweifelt deshalb, daß die beantragten 35 Millionen Schilling noch heuer dem gedachten Zweck zugeführt werden können. Viele der privaten Bewerber werden daher auf diese Mittel verzichten müssen. Nutznießer wäre die Gemeinde Wien, weil sie die nicht verwendeten Millionen für sich in Anspruch nehmen könnte.

Ing. Hofstetter verweist darauf, daß seine Fraktion bei der Beschließung des Gesetzes auf Bundesebene bereits auf die genannten Schwierigkeiten hingewiesen habe. Er sei jedoch der Ansicht, daß die 35 Millionen ausgeschöpft werden können, da die eingereichten Projekte nach Genehmigung durch den Beirat auch noch während des ganzen kommenden Jahres berücksichtigt werden können. Abstimmung: einstimmig angenommen.

Schwimmhalle und Sommerbad für den 13. Bezirk

Stadtrat Pfoch (SPÖ) ersucht um Zustimmung zur Errichtung einer Schwimmhalle mit Saunaeinrichtungen und eines Sommerbades im 13. Bezirk westlich der Atzgersdorfer Straße und südlich der Feldkellergasse. Die grundsätzliche Zustimmung des Gemeinderates sei die Voraussetzung für die erforderliche Grundstücksbeschaffung.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Sachkrediterhöhung für Gaststätte "Napoleonwald"

GR. Sagmeister (SPÖ) beantragt eine Erhöhung des Sachkredites für den Wiederaufbau der Gaststätte "Napoleonwald" im 13. Bezirk. Durch den Konkurs der Baufirma und die damit im Zusammenhang stehende Bauverzögerung sei die Erhöhung von 2,2 Millionen auf 2,3 Millionen erforderlich geworden.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

FPÖ-Anfrage und Antrag

Die FPÖ hatte zu Beginn der Sitzung eine Anfrage wegen des Ankaufs von 20 Mercedes-Pkw eingebracht und dazu den Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Ferner wurde ein dringlicher Antrag der FPÖ wegen des Parkverbots auf dem Rathausplatz eingebracht.

Zu der Anfrage sprach GR. Dr. Schmidt (FPÖ), der meinte, zu einer Zeit, in der vom Bundeskanzler auf die Sparsamkeit bei der Verwendung von Dienstwagen hingewiesen werde, sei dieser geplante Ankauf zu kritisieren. Seine Fraktion ersuche um Bekanntgabe der derzeit verwendeten Pkw-Typen und wer die neuen Wagen bekommen soll.

Abstimmung: Verlesung und Besprechung mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt. Beantwortung erfolgt schriftlich.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) sprach zu dem dringlichen Antrag in Sachen Rathausplatz. Die Wiener Bevölkerung bringe kein Verständnis für das Fahr- und Parkverbot dort auf. Der Standpunkt der Verwaltung, es handle sich hier um Privatrechts-einlagen der Stadt Wien sei kein Argument. Man kann, nachdem der Rathausplatz hundert Jahre lang Verkehrsfläche war, nicht

darauf hinweisen, daß es sich um eine Privatrechtseinlage handle. Wenn sich die Stadt Wien aber auf diesen Standpunkt stellt, kann sie gegen dort Parkende bestenfalls eine Besitzstörungsklage einbringen, nicht aber Organmandate verteilen oder Anzeigen schreiben lassen. Einen asphaltierten Platz als Erholungsfläche zu bezeichnen, sei unlogisch. Anscheinend habe man den Platz gesperrt, um den Geschäftsgang der Garage nicht zu beeinträchtigen. Eine Klärung des Sachverhaltes wäre dringend geboten.

Abstimmung: Das Verlangen auf dringliche Behandlung wurde von SPÖ und ÖVP nicht unterstützt. Der Antrag wird daher zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Schluß der Sitzung um 15 Uhr.

- - -

Wiener Gemeinderat (Zusammenfassung)

=====

Wien, 20.11. (RK) Im Mittelpunkt der Sitzung des Wiener Gemeinderates am Freitag stand die Debatte über die Sanierung der Wiener Verkehrsbetriebe. Redner aller im Gemeinderat vertretenen Parteien nahmen nach einem Referat von Vizebürgermeister Felix Slavik ausführlich zu dem Antrag Stellung, daß die Stadt Wien mit 1. Jänner 1971 die Pensionslasten der Wiener Stadtwerke (ausgenommen Bestattung) übernimmt. Vizebürgermeister Slavik betonte dabei, daß diese Maßnahme zugleich mit weiteren Rationalisierungen eine entscheidende Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Verkehrsbetriebe und damit der Stadtwerke bringen werde.

GR. Müller (DFP) regte an, man solle sich die kostenlose Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel überlegen. GR. Dr. Schmidt (FPÖ) sagte, die Übernahme der Pensionslasten komme um einige Jahre zu spät. Sehr ausführlich beschäftigte sich GR. Hahn (ÖVP) mit den Initiativen seiner Partei um die Sanierung der Wiener Stadtwerke während der letzten 20 Jahre. Er vertrat die Meinung, daß der Sanierungsvorschlag im Vergleich zu früheren ÖVP-Konzepten sehr dürftig sei. Der Redner brachte ferner auch einen Antrag ein, die Wasserwerke und die Fernwärmegesellschaft in die Stadtwerke einzubeziehen. GR. Schreiner (SPÖ) bezeichnete das seinerzeitige ÖVP-Konzept lediglich als einen fünfzehnteiligen Bericht, doch hätten gründliche Überlegungen für ein echtes Konzept gefehlt.

Den Schlußstrich unter die Debatte zog Vizebürgermeister Slavik mit der Feststellung, bei Verwirklichung der ÖVP-Vorschläge hätten die Verkehrsbetriebe weiterhin ein Defizit von 700 Millionen. Die Einführung des Null-Tarifes müßte durch eine Sondersteuer kompensiert werden, die eine Belastung von 600 Schilling pro Wiener ausmachen würde.

Das Sanierungskonzept wurde einstimmig angenommen.

Auch in der Angelegenheit Rathausplatz (Referent Stadtrat Pfoch) gab es eine lebhafte Debatte, in der sich GR. Dr. Wolfram (FPÖ) gegen einen Wettbewerb für einen "roten Platz" aussprach.

GR. Dr. Ebert meinte, Slavik-Platz sei der passende Name für den Rathausplatz und vertrat die Ansicht, daß hier kein

echtes Bedürfnis für einen Erholungsraum vorliege. Stadtrat Sfoch entgegnete, die Ausschreibung des Wettbewerbes solle die Möglichkeit geben, eine optimale Lösung für den Rathausplatz zu finden.

In der Angelegenheit Rathausplatz hatte die FPÖ auch einen dringlichen Antrag eingebracht, dem jedoch die Dringlichkeit nicht zuerkannt wurde.

Zu Beginn der Sitzung wurde anstelle des auf Grund des Verfassungsgerichtshof-Erkenntnisses ausgeschiedenen Franz Olah Ernst Wölger (33) als Gemeinderat angelobt.

- - -

Gemeinderat (Nachlese)

=====

Von den 129 Tagesordnungspunkten wurden durch den Gemeinderat 119 ohne Debatte angenommen. Besonders hoch war diesmal der Anteil der Planungsaufträge: Sie betrafen unter anderem die Brünner Straße, die Wiental-Autobahn, das Hauptstraßennetz eines künftigen Industriegebietes in der Simmeringer Haide, das Hochhauskonzept für Wien und die Landschaftsplanung auf dem Bisamberg.

Auch eine stattliche Anzahl von Grundkäufen wurde in der Sitzung beschlossen, ebenso Wohnbau-Projekte im 11. und 12. Bezirk. Auf dem Verkehrssektor gab es Beschlüsse über die Errichtung einer Reihe von automatischen Verkehrsampeln, so für die Kreuzungen Wagramer Straße - Purchmannweg, Purchmannweg - Bernoullistraße, Schüttelstraße - Stadionallee und Anlagen für die Reinprechtsdorfer Straße und den Liesinger Platz.

Auf kulturellem Gebiet wurde eine Reihe von Subventionen, unter anderem für das Theater der Jugend und das Theater an der Wien, beschlossen. 950.000 Schilling wurden für die Renovierung der Anstaltskirche im Wilhelminenspital genehmigt.

- - -

gemeinderat sackmauer - professor

15 wien, 20.11. (rk) dekret und diplom des berufstitels 'professor' erhielt freitag der wiener gemeinderat ludwig sackmauer, im rahmen einer kleinen feier, an der auch vizebuergenmeister gertrude sandner teilnahm, in den raumen des bundesministeriums fuer unterricht und kunst ueberreicht. der titel war ihm vom bundespraesidenten in wuerdigung seiner volksbildnerischen, publizistischen und organisatorischen leistungen auf dem gebiet der heimatkunde und kunstgeschichte verliehen worden.

die ueberreichung nahm in vertretung des bundesministers sektionsschef dr. karl haertl vor.

1323

preisguenstige gemuese- und obstsorten

17 wien, 20.11. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 3 schilling, karotten 4 bis 6 schilling, weisskraut 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, birnen (qualitaetsklasse 2) 5 schilling, bananen 6 bis 8 schilling je kilogramm.

1427

vizebuergermeister sandner besuchte jochen rindt-show

24 wien, 20.11. (rk) vizebuergermeister gertrude sandner besuchte freitag nachmittag die jochen rindt-show im wiener messepalast. oeamtc-generalsekretaerstellvertreter dr. walter schuchlenz und sportchef ing. udo g. poeschmann, der manager der ausstellung, geleiteten frau sandner durch die schau "der schnellsten rennwagen der welt", die - zwei tage vor ihrer beendigung - bereits 62.000 besucher zaehlt. frau sandner, die selbst eine begeisterte autofahrerin ist, begruesste waehrend des rundgangs frau nina rindt, den zweifachen weltmeister graham hill sowie den prominenten rennfahrer joakim bonnier und dessen frau. sie informierte sich auch eingehend ueber technische details der ausgestellten renn- und sportwagen, die eine gesamtleistung von 20.000 ps repraesentieren.

1629

empfang fuer oesterreichische hoteliervereinigung

23 wien, 20.11. (rk) vizebuergermeister gertrude sandner begruesste freitag nachmittag bei einem cocktail im wiener rathaus die mitglieder der oesterreichischen hoteliervereinigung und oesterreichische fremdenverkehrsfachleute. der empfang im rathaus bildete den abschluss einer veranstaltung der hoteliervereinigung, zu der saemtliche am fremdenverkehr interessierten institutionen eingeladen waren, um zu einer aktion fuer ein schoeneres oesterreich beizutragen. bei der veranstaltung in der wiener hofburg hielt fernsehdirektor dr. helmut zilk zu diesem thema den festvortrag. ebenfalls unter der leitung von dr. zilk fand zu dem thema "bleibt oesterreich als fremdenverkehrsland eine attraktion?" ein forumgespraech statt.

1622